

Asylverfahren in Österreich

Internationaler Schutz

Status

- Asyl, Anerkennung als Flüchtling
- Subsidiärer Schutz, Non-refoulement
- Besonderer Schutz / humanitäres Aufenthaltsrecht

Völkerrechtliche Grundlage

- ← • Genfer Flüchtlingskonvention
- ← • Europäische Menschenrechtskonvention Art. 2, 3
- ← • Europäische Menschenrechtskonvention Art.8

Völkerrechtliche Grundlagen

- Genfer Flüchtlingskonvention 1951 - ZP 1967
- eine Person ist als Flüchtling anzusehen, die *aus wohlbegründeter Furcht vor **Verfolgung** wegen ihrer **Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe** oder wegen ihrer **politischen Überzeugung** sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.*

Verfolgung - Genfer Flüchtlingskonvention

- Schwerwiegende Rechtsgutverletzung
Bedrohung des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit einer Person
- **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948**
 - Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
 - Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
 - Freiheit von willkürlicher Festnahme und Haft
 - Freiheit von willkürlichen Eingriffen in Privatleben, Familie und Wohnung
 - Freiheit von Sklaverei oder Leibeigenschaft
 - Anerkennung der Rechts- und Handlungsfähigkeit
- Verfolgungsgefahr muss aktuell sein
- Fehlender staatlicher Schutz

GFK-Beendigungsgründe – Asyl auf Zeit

- befristetes Asylrecht bei Anträgen, die nach 1.6.2016 gestellt wurden
- wenn die Umstände, auf Grund deren sie/er als Flüchtling anerkannt worden ist, nicht mehr bestehen und er/sie es daher nicht weiterhin ablehnen kann, sich unter den Schutz ihres/seines Heimatlandes zu stellen.
- Weitere Gründe:
Einbürgerung
Sicherheitsrisiko für das Aufnahmeland
- freiwillige Rückkehr/Kontakt mit Verfolgerstaat („Heimaturlaub“) –

Europarechtlicher Rahmen

Europäische Menschenrechts-Konvention (EMRK) 1950

- Schutz vor Folter, grausamer oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, ernsthafte Bedrohung des Lebens oder der körperlichen Integrität durch Gewalt (Art.3)
- Recht auf Leben (Art.2)
- Schutz vor Todesstrafe

Europäische Grundrechtecharta

Asylrecht (Artikel 18)

Schutz bei Abschiebung (Artikel 19)

- EU-Richtlinien ab 2000 (Mindest-)Normen für

Status

Verfahren

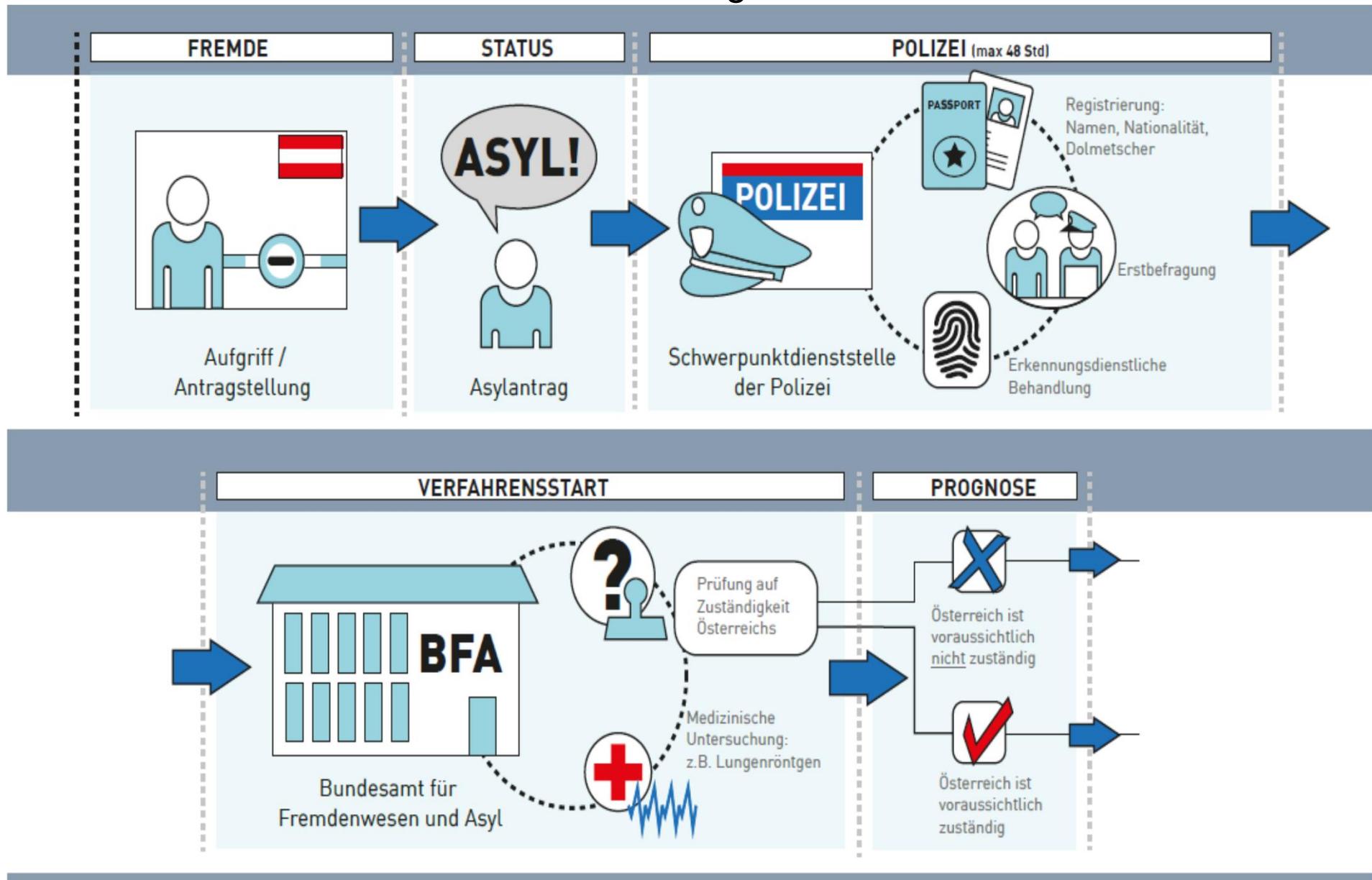
Aufnahmebedingungen

- Dublin Verordnung
- Eurodac Verordnung
- Garantien bei Rückkehrverfahren

Einreise von Flüchtlingen

- legale Einreise ist schwierig
 - Visapflicht
 - (exterritoriale) Grenzkontrollen
 - Strafen für Carrier
 - Flüchtlinge dürfen nicht wegen illegaler Einreise bestraft werden (GFK)
- Familienzusammenführung
- Resettlement/HAP I bis III

Verfahrensablauf – Darstellung des BFA



Aufenthaltsrecht während des Asylverfahrens

- Abschiebeschutz ab Asylantrag
- Geduldeter Aufenthalt: grüne Karte während der Klärung der Zuständigkeit für das Asylverfahren
- Rechtmäßiger Aufenthalt bis zum Abschluss des Asylverfahrens: weiße Karte

Republik Österreich – Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
Verfahrenskarte gemäß § 50 AsylG 2005

Karten Nr. _____
Name _____
Geburtsdatum _____
Staatsangehörigkeit _____
m/w _____
Unterschrift des Asylwerbers _____

FOTO

Aufenthalt auf Gebiet
[Gebietsbeschränkung]
beschränkt (§ 12 AsylG 2005)

Republik Österreich – Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
Aufenthaltsberechtigungskarte gemäß § 51 AsylG 2005

Karten Nr. _____
Name _____
Geburtsdatum _____
Staatsangehörigkeit _____
m/w _____
Unterschrift des Asylwerbers _____

FOTO

Dient zum Nachweis der Rechtmäßigkeit
des Aufenthalts im Bundesgebiet

Zur Gültigkeit siehe IZR.

Bundesamt für
Fremdenwesen und Asyl Datum / Unterschrift

Aufenthaltstitel humane Gründe

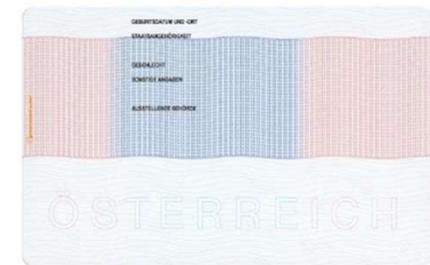
- Aufenthaltsberechtigung
besonderer Schutz (für Opfer von Gewalt
Zeugen oder Opfer von
Menschenhandel)

Rückkehrentscheidung auf Dauer unzulässig
(insb bei unbefristet aufenthaltsberechtigten
Familienangehörigen, fortgeschrittener
Integration)

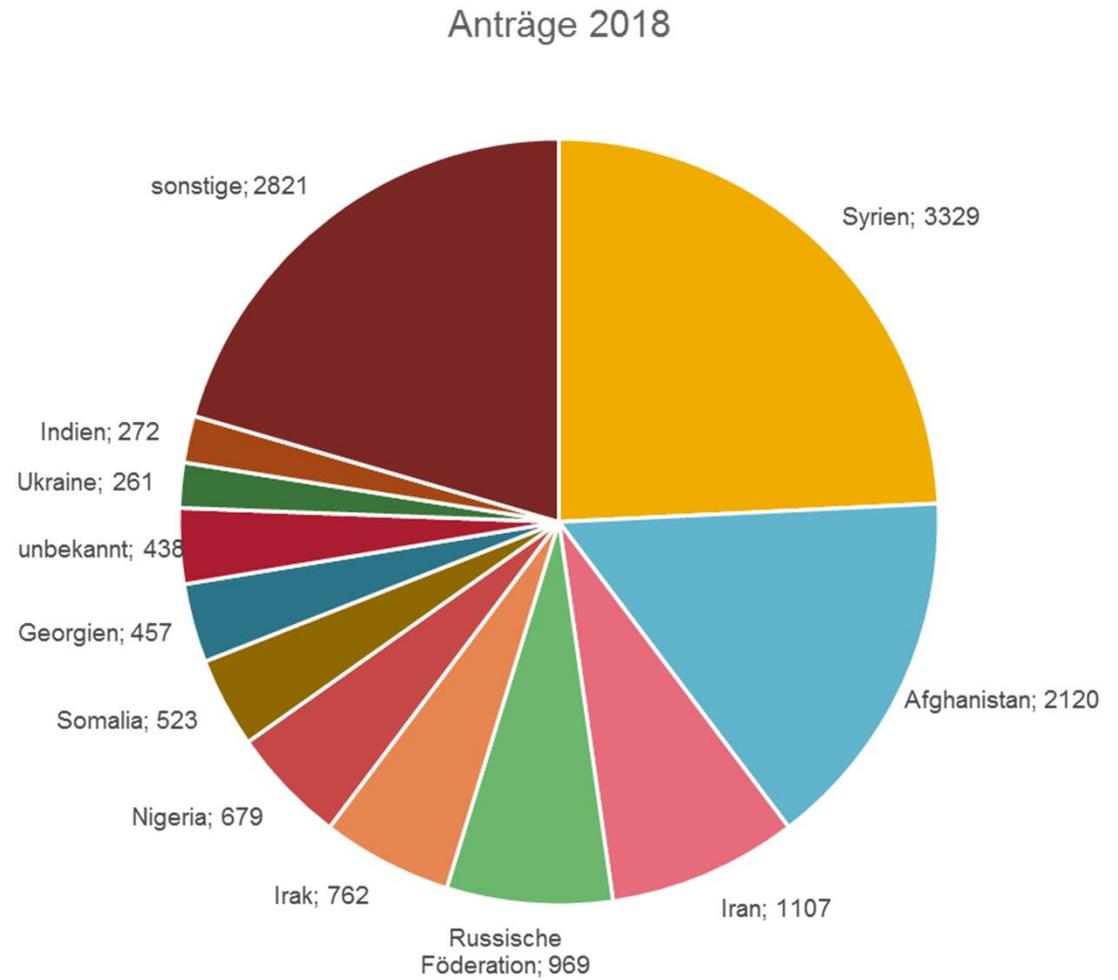
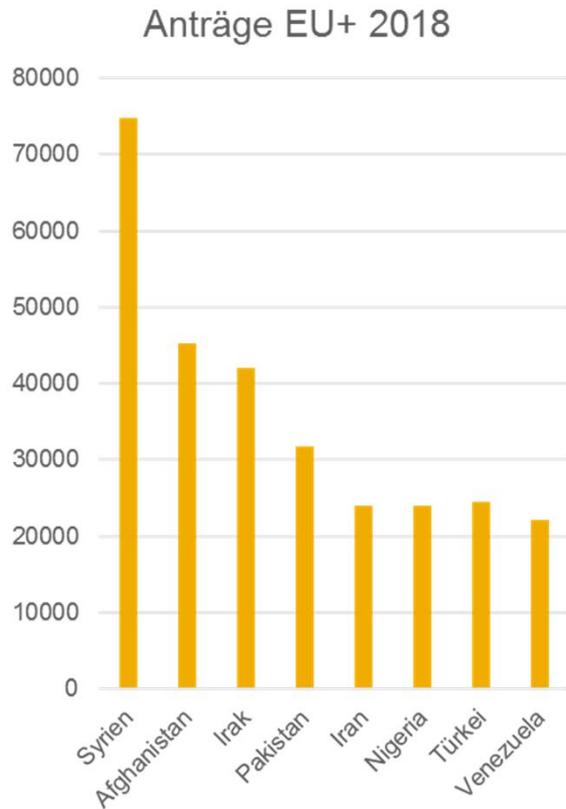
besonders berücksichtigungswürdige Fälle (5
Jahre Aufenthalt)

Duldungskarte bei
Nichtabschiebbarkeit

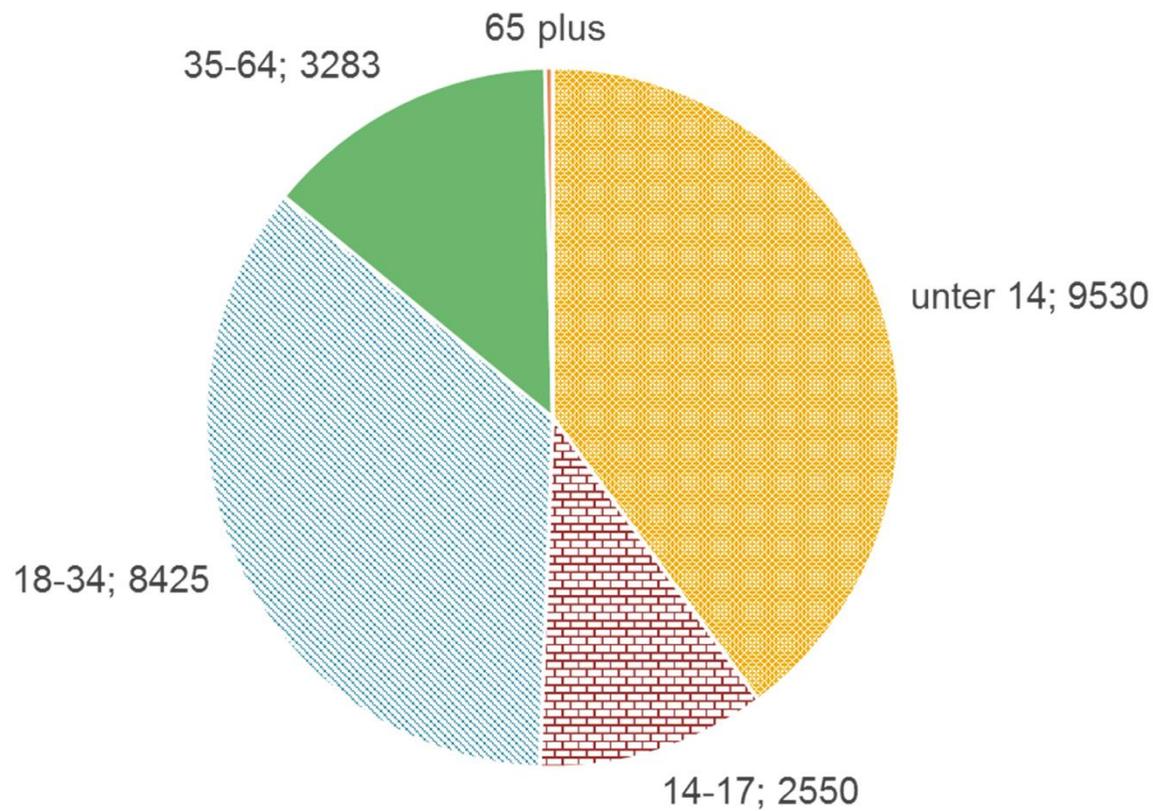
Negativ=Rückkehrentscheidung
(+ Einreiseverbot)



Herkunftsländer der AsylwerberInnen

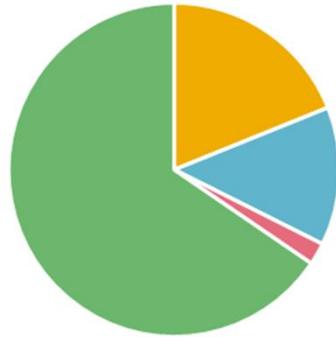


Altersverteilung Asylanträge

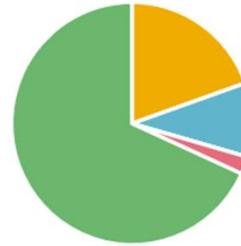


2017

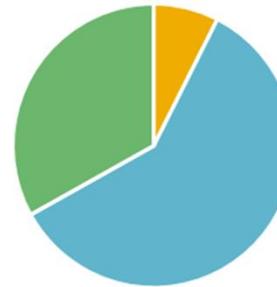
Afghanistan Österreich



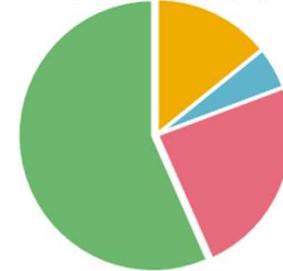
Afghanistan Schweden



Afghanistan Frankreich



Afghanistan Deutschland

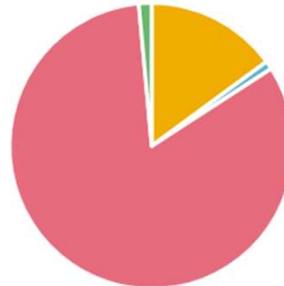


■ gfk
 ■ subs. Schutz
 ■ humanitär
 ■ abgelehnt

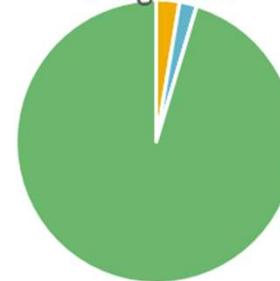
Afghanistan Belgien



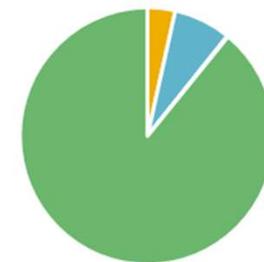
Afghanistan Schweiz



Afghanistan Bulgarien

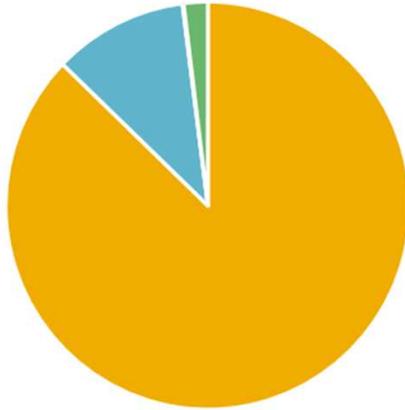


Afghanistan Italien



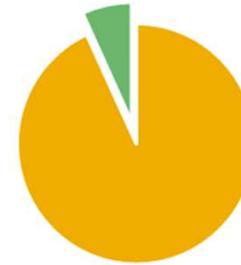
asylkoordination österreich

Syrien Österreich

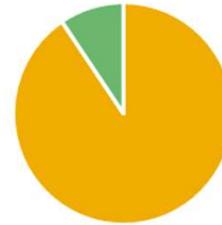


■ gfk ■ subs. Schutz ■ humanitär ■ abgelehnt

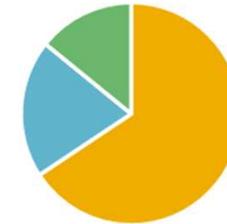
Syrien Griechenland



Syrien Norwegen



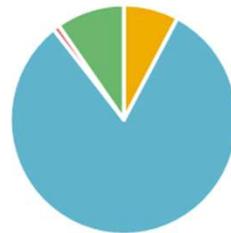
Syrien Belgien



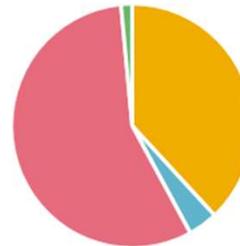
Syrien Deutschland



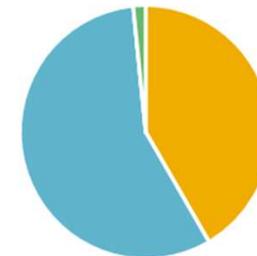
Syrien Schweden



Syrien Schweiz



Syrien Bulgarien



Rechtskräftige Entscheidungen 2018

	positiv rk	negativ rk	Summe
Asylentscheidungen	14696	12897	27593
Entscheidungen Subsidiärer Schutz	4191	6857	11048
Entscheidungen Humanitärer Aufenthaltstitel	1922	13465	15387
Sonstige Entscheidungen			3259
Summe	20809	33219	57287

Qu: BMI Asylstatistik 2018

Rasche Entscheidung ?

- Entscheidungsfrist BFA 6 Monate, BVwG 6 Monate
(Ausnahme BFA 15 Monate bis Juni 2018, BVwG 12 Monate)
- Beschleunigte Verfahren (3 Monate)
- Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht
 - **Binnen 4 Wochen**
 - Neuerungsverbot, weil erhöhte Mitwirkungspflicht in 1.Instanz, Ausnahme:
 - AsylwerberIn war nicht in Lage, neue Tatsachen od Beweise vorzubringen
 - mangelhaftes Verfahren 1.Instanz
 - Neues Vorbringen muss maßgeblich für Entscheidung sein
 - Verhandlung bei BVwG (Art 47 EU-Grundrechtecharta)
 - Zweifel über Unglaubwürdigkeit oder ergänzungsbedürftiger Sachverhalt
 - Zurückverweisung an 1.Instanz – bei unzureichenden Sachverhaltsermittlungen
 - Beschwerde an VwGH oder VfGH in speziellen Konstellationen

Rechte

Asylstatus

Subsidärer Schutz

- Integrationserklärung, A1 Kurs, Orientierung- und Wertekurs
 - Arbeit + (Aus-u.Weiter-) Bildung
 - Daueraufenthalt EU nach 5 Jahren
- Vorzeitige Einbürgerung bei nachhaltiger persönl. Integration (B2 Sprachkenntnisse, od. B1 + 3jähriges freiwilliges ehrenamtliches Engagement,...

zuerst 3jähriges, dann unbefristetes Aufenthaltsrecht

Konventionsreisepass

Familienzusammenführung binnen 3 Mo auch ohne Einkommen

Bedarfsorientierte Mindestsicherung (eingeschränkt OÖ, B; Integrationspflicht Vlb,Stk)

Keine Begünstigung bei Einbürgerung

Weitgehende Gleichstellung mit Staatsbürgern

Befristetes verlängerbares Aufenthaltsrecht (1 Jahr, 2Jahre)

Eventuell Fremdenpass

Familienzusammenführung nach 3 Jahren bei gesichertem Unterhalt

Grundversorgung + Ergänzung auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung (nicht in allen Bundesländern)



Grundversorgung

**UNTERBRINGUNG, VERSORGUNG
UND BETREUUNG**

Rechtliche Grundlagen

- EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylwerbern (Neufassung 9. Juli 2013)
- Grundversorgungsvereinbarung (24. März 04)
- Grundversorgungsgesetz Bund 2005
Betreuungsstellen-Betreuungsverordnung
 - VO zu Hausordnung in Betreuungsstellen Bund
- Landesgesetze zur Umsetzung der Grundversorgungsvereinbarung

Zielgruppe

1. AsylwerberInnen im laufenden Verfahren
2. Asylberechtigte für die Dauer von vier Monaten nach Asylgewährung
3. Fremde mit subsidiärem Schutz
4. Fremde mit Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen
5. Fremde nach rechtskräftigem negativem Abschluss des Asylverfahrens, die nicht abschiebbar sind
6. Fremde, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind

Leistungen

- Krankenversicherung
- Unterbringung (im Tagsatz von max. € 21,-/Pers)
- Verpflegung (€ 3,5/T – € 6,50)
- Taschengeld (40,-/Mo)
- bei privater Unterkunft Verpflegungsgeld (max 215,-/100,-) und Mietzuschuss (150,-/300,-)
- Schulbedarf (200,-), Schülerfreifahrt, Bekleidung (150,-)
- Information, Beratung und soziale Betreuung (1:140)
- Strukturierung des Tagesablaufs (10,-/Mo)

- Erhöhter Tagsatz bei besonderem Betreuungsbedarf

Verschärfungen seit Nov 2017

- **Wohnsitzbeschränkung** in einem Bundesland:
ab Zulassung zum Asylverfahren
- **Angeordnete** Unterkunft – **ab zugelassenem Verfahren** möglich, bei Sicherheitsbedenken oder im öffentlichen Interesse
- **Wohnsitzauflage** – nach rk negativem Asylverfahren - RüBe, wenn
 - kein Ausreisewille vorhanden ist oder
 - über seinen/ihren Herkunftsstaat oder Identität getäuscht oder zu täuschen versucht hat

seit November 2017

- Gebietsbeschränkung – automatisch bei Wohnsitzauflage
- Einschränkungen / Beendigung der Grundversorgung
 - Unterstützung in „Ausreisezentren“ des BMI nur noch im unbedingt notwendigen Ausmaß: Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung
 - Nach negativer Entscheidung im Zulassungsverfahren
 - GV lebt bei Ausreisebereitschaft oder aufschiebender Wirkung wieder auf

Strafen

- Verwaltungsstrafe bei Verstoß gegen Wohnsitzbeschränkung, Anordnung der Unterkunftsnahme oder Gebietsbeschränkung
- 100 bis 1000 Euro bei Wdh 1000-5000
- Beugehaft – bei fehlender Mitwirkung an Beschaffung eines Reisedokuments

Hilfsbedürftigkeit - Arbeit

- Einschränkung der Leistungen
 - bei Einkommen, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Haftentschädigung, Deckung des Lebensunterhalts
 - „Luxusgüter“
- keine Hilfsbedürftigkeit bei Einreise mit Visum (Verpflichtungserklärung), ausgenommen Familienzusammenführung
- Saisonale Beschäftigungsbewilligung 3 Monate nach Zulassung
- **Lehre in Berufen mit Lehrlingsmangel (keine Neubewilligung mehr)**
- Selbständige Tätigkeit 3 Monaten nach Zulassung (freies Gewerbe) – bei Anmeldung Verlust Anspruch auf GVS (Versicherung!)
- Dienstleistungsscheck
- Gemeinnützige Beschäftigung (1,50-5€/h)
- Kostenbeitrag bei Erwerbstätigkeit – Freibetrag € 110,- (+80/Angehörige)
Lehrling 150,-

Negative Entscheidung

- Anordnung Rückkehrberatung
- Anordnung Botschaft aufzusuchen
- (kurzfristige) Anhaltung zur Außerlandesbringung bei durchsetzbarer negativer Entscheidung
- Schubhaft, wenn BFA annimmt, dass Abschiebung möglich wäre und Sicherungsbedarf besteht
- Beugehaft um Mitwirkung bei der Beschaffung von Papieren zur Ausreise zu erzwingen

